

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

Bezugspreis mit illust. Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 150 G.-Pfa., für Selbstabholer 140 G.-Pfa. — Durch die Post 2 G.-Pfa. ohne Beleggeld. — Einzelnummer 10 G.-Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 22721 u. 24506, für die Inseraten-Abteilung 22721. Postcheckkonto Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkzeitung Leipzig Telefon 13693. — Verlag in Leipzig, Lauchaer Straße 19/21 — Telefon 24506	Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 30 G.-Pfa., bei Platzvorrat 35 G.-Pfa., Familienanzeigen von Privatleuten die 10geleit. Kolonelle 15 G.-Pfa., Reklamezeile 1.50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 35 G.-Pfa., bei Platzvorrat 40 G.-Pfa., Reklamezeile 1.75 Goldm., Annahme bis 9 Uhr vorm.
--	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Wir fordern Auflösung des Reichstags!

An die Partei!

Am 20. August hat der Reichstag die Gesetze zur Ausführung des Londoner Vertrages angenommen. Der Vertrag ist in Kraft getreten. Das ist ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und Europas.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich für den Londoner Vertrag von Anfang an mit aller Energie eingesetzt; denn dieser Vertrag soll den Frieden festigen, die besetzten Gebiete von ihrer Sonderlast befreien, die militärische Räumung anbahnen, die Zahlungs- und Kontrollvorschriften unter das Maß des Ultimatus vom Mai 1921 herabsenken und Deutschland eine *h u e p a n s e* sowie eine Anleihe gewähren. Sollten sich seine immer noch schweren Lasten als unerträglich erweisen, so bleibt der Weg zur Milderung durch neue Verhandlungen offen.

Der Vertrag eröffnet dem arbeitenden Volke Aussicht auf stabilere Wirtschaftsverhältnisse und bannet das Gespenst einer neuen Inflation. Er beruht auf der Anerkennung des Grundsatzes, daß die Lebenshaltung des deutschen arbeitenden Volkes nicht unter die der andern Kulturvölker herabgedrückt werden darf.

Nicht kommt alles darauf an, diesem Grundsatz Geltung zu verschaffen und der Masse des arbeitenden Volkes in Stadt und Land, Arbeitern, Angestellten und Beamten, die Kraft zu verleihen, die sie brauchen, um ihre traurige Lage zu verbessern.

Diese Aufgabe kann nur von der Sozialdemokratischen Partei in Verbindung mit den gewerkschaftlichen Organisationen gelöst werden. Stärkung der Partei und der Gewerkschaften ist mehr denn je die Forderung der Stunde.

In dem Augenblick, in dem es gelungen ist, durch den Londoner Vertrag die außenpolitische Bedrängnis zu mildern, drohen dem arbeitenden Volk von innen her schwere Gefahren. Seine Klassengegner sind am Werk, um durch Verlängerung der Arbeitszeit und Verteuerung der Lebensmittel, durch neue Bedrückung und Entrechtung alle Lasten auf seine Schultern zu wälzen. Sie wollen herrschen, um sich zu bereichern.

In Abwehr dieser volks- und arbeiterfeindlichen Bestrebungen kämpft die Sozialdemokratie für die Wiederherstellung des Achtstundentages, die Ratifizierung des Abkommens von Washington, und gegen den neuen Hochschulzoll, der den Kernsten das Brot nimmt, aber nur den Großen der Landwirtschaft nützt.

Um ihre gefährlichen Pläne zu verwirklichen, drängen die Deutschnationalen in die Regierung. Sie haben den Londoner Vertrag mit allen Mitteln bekämpft, alle Gesetze abgelehnt und nur bei einem, das Zweidrittelmehrheit erforderte, dem Eisenbahngesetz, die Hälfte ihrer Fraktion auf die Ja-Seite abkommandiert. Für diesen Dienst haben sie sich von der Deutschen Volkspartei eine Anzahl von Ministerstellen als Kaufpreis ausbedungen. Sie haben damit das unsauberste Geschäft abgeschlossen, das die politische Geschichte kennt, ein Geschäft, über das im ganzen Volke bis weit in die Reihen ihrer eigenen Partei hinaus die heftigste Entrüstung herrscht.

Eine Partei, die das eigene Volk nach ihren eigenen Worten „in die Sklaverei verkauft“, um dafür Ministerposten und wirtschaftliche Vorteile einzuhandeln, verdient die Verachtung aller anständigen Denker. Unter der Last dieser Verachtung müßte eine durch solchen Handel zustandgekommene Bürgerblockregierung sehr rasch wieder zusammenbrechen.

Die Bürgerblockregierung bedeutet Rückkehr des entwaffneten Deutschland in die Isolierung, Auspeitschung aller nationalitätlichen Instinkte des Auslandes, neue außenpolitische Anarchie und wirtschaftliche Zerrüttung. Sie bedeutet Entfesselung der furchtbarsten sozialen Kämpfe und schwerste Bedrohung der Republik.

Gegen solche Gefahr muß das arbeitende Volk einig zusammenstehen.

Die Kommunisten, die diese Einigkeit hintertreiben, haben der Reaktion im Kampf um den Londoner Vertrag bis zur letzten Stunde Zutreiberdienste geleistet. Sie haben den Vertrag bekämpft und im Bunde mit den Sakentkrenzern die wahnsinnige Idee des russisch-deutschen Revanchekrieges gegen den Westen gepredigt. Sie haben als Arbeitervertreter, die zu sein sie vorgeben, durch Entfesselung wüster Skandal- und Prügelszenen das Ansehen der Arbeiterschaft in den Schmutz getreten.

Die Machtstellung der Deutschnationalen im Reichstage beruht auf der Stärke der kommunistischen Fraktion. Das ist von den Deutschnationalen selbst mit aller Offenheit ausgesprochen worden.

Heute geht durch die Massen des arbeitenden Volkes ein Schrei: **Fort mit Nationalisten und Kommunisten!**

Millionen und aber Millionen begrüßten die Aussicht auf eine Reichstagsauflösung als Erlösung. Alles, was sozialdemokratisch fühlt und denkt, brannte darauf, zu kämpfen und Abrechnung zu halten. Weit über die Kreise der Sozialdemokratie hinaus fordert das Volk das Verschwinden eines Parlaments, das durch deutschnationale Schachergeschäfte und kommunistische Kaskadenszenen geschändet worden ist wie keines vor ihm.

Gemeinsam mit diesen ungeheuren Massen fordert die Sozialdemokratie: **Auflösung des Reichstags!**

Das Volk soll gefragt werden, ob es den Bürgerblock und den Hochschulzoll will!

Beruft überall Versammlungen ein! Drückt den deutschnationalen Reutepolitikern, den völkischen Brandstiftern und ihren kommunistischen Zutreibern den Stempel ihrer Schande auf die Stirn!

Genossinnen und Genossen! Einig ist Deutschlands Arbeitsvolk unüberwindlich. Einig kann es nur sein unter den alten Fahnen der deutschen Sozialdemokratie!

Ihr habt gezeigt, daß ihr unter diesen Fahnen kämpfen wollt! Ihr werdet zeigen, daß ihr unter ihnen liegen könnt!
Berlin, den 2. September 1924.

Der Parteivorstand.

Achtstundentag und Arbeitsleistung.

Von Eugen Prager.

Die Unternehmerverbände behaupten in ihrer Schrift über die Arbeitszeitfrage, daß durch die Ende 1923 und Anfang 1924 durchgeführte Verlängerung der Arbeitszeit die Produktion sich wesentlich gehoben habe. Die Broschüre führt eine Reihe von Beispielen dafür an, aber da sie bezeichnenderweise in fast allen Fällen Ort und Namen der Betriebe fortläßt, so ist die Nachprüfung ihrer Angaben nicht möglich. Man kann nicht feststellen, wie weit andere Umstände, insbesondere die Verbesserung von technischen Einrichtungen, auf die Steigerung der Produktion in einzelnen Betrieben eingewirkt haben. Vor allem aber ist zu betonen: die angeblich so günstige Wirkung der Arbeitszeitverlängerung fällt in die Zeit der Stabilisierung der Mark, die unkontrollierbaren Berichte der Unternehmerbroschüre datieren aus jenen Monaten, wo noch ein erheblicher Zustuß von Rentenmarkkrediten stattfand und die Unternehmer alle Vorteile einer neuen Konjunktur wahrnehmen konnten. Auf das Konto dieser Stabilisierungskonjunktur, die im Mai durch die Stabilisierungstriebe abgelöst wurde, dürfte im wesentlichen die Mehrproduktion in manchen Betrieben zurückzuführen sein.

Haben wir also keine stichhaltigen Beispiele von der angeblich so günstigen Folge der Mehrarbeit, so steht uns um so mehr Material über die Wirkungen des Achtstundentages zur Verfügung. In seiner im Jahre 1919 erschienenen Schrift über „Arbeitslohn und Arbeitszeit“ faßt der berühmte Nationalökonom Lujo Brentano sein Urteil über die Verklärung der Arbeitszeit folgendermaßen zusammen:

„Man hat überall beobachtet, daß die Arbeiter der Nationen mit kürzerer Arbeitszeit mehr leisten, als diejenigen mit mehr Arbeitsstunden und daß innerhalb derselben Nationen Arbeiter mit regelmäßig kürzerem Arbeitstag die regelmäßig länger Arbeitenden übertreffen.“

Schon vor dem Kriege hatte Ernst Abbe, von dem seiner Leitung unterstehenden Zeißischen Werken in Jena folgendes festgestellt:

„Eine Vergleichung des Stundenverdienstes von 233 Affordarbeitern im letzten Jahre des Neunstundentages (1. April 1899 bis 1. April 1900) mit dem im ersten Jahre des Achtstundentages ergab, daß im Jahre 1899 bis 1900 die Gesamtzahl der im Afford gearbeiteten Stunden 550 169, im Jahre 1900 bis 1901 nur 509 530, also 49 610 Stunden weniger, die dafür bezahlte Lohnsumme dagegen bei gleichen Affordjahren im Jahre des Neunstundentages 345 899 Mark, im Jahre des Achtstundentages dagegen 366 484, also 20 585 Mark mehr betrug. Beim neunstündigen Arbeitstag betragen die von dem einzelnen Mann geleisteten Arbeitsstunden 2400, beim Achtstundentag nur 2187, also 213 Stunden weniger im Jahr. Sein Verdienst dagegen beim Neunstundentag nur 61,9 Pfg., bei achtstündigem Arbeitstag bei gleichen Affordjahren 71,9 Pfg. pro Stunde.“

Ähnliche günstige Ergebnisse werden von Unternehmern aus einer ganzen Reihe von Industrien und Staatsbetrieben mitgeteilt. Daß von einer Verlängerung der Arbeitszeit keineswegs auf die Dauer so günstige Ergebnisse zu erwarten sind, wie es die Arbeitgeberverbände in ihrer Broschüre jetzt behaupten, hat ihnen der bekannte Großindustrielle Dr. B o s c h in einem dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat erstatteten Gutachten bescheinigt. Es heißt darin:

„Wie sieht es nun mit der Steigerung der Erzeugung durch eine Verlängerung der Arbeitszeit aus? Ich möchte hier vorausschicken, daß ich es von vornherein für falsch ansehe, wenn einem fortgeschrittenen Betrieb, sagen wir einem solchen, der schon in Friedenszeiten nur 8 Stunden arbeitet, zugemutet würde, künftig, wenn auch nur auf einige Jahre, etwa 9 Stunden zu arbeiten. Ein solcher Betrieb ist meines Erachtens nicht in der Lage, in der längeren Arbeitszeit eine höhere Jahresleistung zu erzielen, als in der bisherigen Achtstundentagezeit. Im Gegenteil hat der feinnormige Betrieb, dem ich nahestehe und der seit 18 Jahren die 48-Stunden-Woche hat, immer wieder die Erfahrung gemacht, daß die Verlängerung der Arbeitszeit eine tatsächliche Mehrleistung nur für einige Wochen ergab. Es fiel die Betriebsleistung bei einer längeren Dauer der Ueberzeit unter die Regelleistung der 48-Stunden-Woche und hob sich, nachdem die Ueberzeit verlassen war, erst allmählich wieder. Ueberzeit wurde deshalb immer nur unter dem Zwang der Verhältnisse und nur für die Dauer weniger Wochen angewandt, und ich habe mich auch während des Krieges nicht dazu bringen lassen, länger als 48 Stunden in der Woche arbeiten zu lassen, weil ich wußte, daß sich damit eine erhöhte Leistung auf die Dauer nicht erreichen ließe.“

Im Zusammenhang damit sagt Bosch, daß man dort, wo früher die Achtstundentagezeit nie durchgeführt war und wo jetzt bei Mehrarbeit der Mehrverdienst einen Anreiz für höhere Leistung bilde, zweifellos eine größere Warenmenge hervorgebracht werden könne. Das müßte aber dazu benutzt werden, um mit aller Energie den neuzeitlichen Ausbau der Betriebe zu beschleunigen, damit so bald wie möglich der Achtstundentag durchgeführt werden könne. Dieses Ziel haben freilich die Unternehmerverbände nicht, denn sie sagen selbst, daß bei den heutigen Kapitalverhältnissen in Deutschland eine wesentliche Verbesserung der Betriebsbedingungen nicht möglich sei, was soviel bedeutet, daß die deutsche Industrie im wesentlichen auf Kosten der Arbeiter, durch die Verlängerung der Arbeitszeit, wieder hochgebracht werden soll.

Auch aus den Kreisen der Arbeiterschaft ist wiederholt

Um die Räumung von Dortmund.

In der Dienstag-Ausgabe des in Mainz erscheinenden *Echo du Rhin*, des offiziellen Organs der Rheinlandkommission, wird folgendes mitgeteilt:

„Wie wir erfahren, wird für die militärische und wirtschaftliche Räumung von Dortmund und Hördede mit Rücksicht auf die für die Uebergabe der Geschäfte der Wälcum und die Liquidation der laufenden Angelegenheiten erforderliche Zeit ein Ausschub von 4 bis 10 Wochen notwendig sein. Die französischen Truppen werden also diesen Teil des Ruhrgebietes nicht vor diesem Zeitpunkt räumen.“

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst bemerkt hierzu:

Die Frist von 4 bis 10 Wochen ist reichlich lang und vor allen Dingen mit dem Inhalt des Briefes vom 16. August, den Herrlot und Theunis in London an den deutschen Reichsfanzler geschickt haben, nicht übereinstimmend. Es ist zweifellos ein Verstum anzunehmen, daß die Räumung von Dortmund sofort nach der Unterzeichnung der Londoner Protokolle hätte erfolgen müssen. In dem Briefe des französischen und belgischen Ministerpräsidenten vom 16. August wird davon nichts gesagt. Es heißt dort, daß am Tage nach der endgültigen Unterzeichnung des Londoner Abkommens die militärische Räumung der Zone Dortmund-Hörde und der seit dem 11. Januar 1923 außerhalb des Ruhrgebietes besetzten Gebiete angeordnet werden solle. Außerdem wird gesagt, daß die militärische Räumung mit der wirtschaftlichen Räumung der gleichen Zone erfolgt. Diese wirtschaftliche Räumung ist durch das Abkommen zwischen den alliierten Regierungen und Deutschland laut Anlage III des Schlussprotokolls begrenzt, so daß also auch die militärische Räumung an einem bestimmten Termin durchgeführt sein muß. In dem genannten Abkommen heißt es z. B., daß die französische und belgische Regierung innerhalb 35 Tagen den wesentlichen Teil der unter Voicars eingezogenen wirtschaftlichen Maßnahmen einstellen müssen und in einem, sich den 35 Tagen anschließenden Zeitraum von 14 Tagen die restlichen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Räumung zu erledigen haben. Der Ablauf der ersten Frist von 35 Tagen erfolgt am 5. Ok-

tober, rechnet man die Zusatzfrist von 14 Tagen ein, dann ergibt sich als spätester Termin für die wirtschaftliche und militärische Räumung von Dortmund-Hörde usw. der 19. Oktober d. J. Im Hördedefalle muß also die Zone Dortmund-Hörde und die Räumung der seit dem 11. Januar 1923 außerhalb des Ruhrgebietes besetzten Gebiete spätestens innerhalb sieben Wochen erledigt sein. Wir sind überzeugt, daß sich die französische Regierung an diese Frist halten wird. Die Auslassung des *Echo du Rhin*, die der Auflassung der Rheinlandkommission entsprechen dürfte, bedeutet aber nichts anderes als eine Sabotage der französischen Regierungswahmnahmen, wenn sie von 4 bis 10 Wochen für die Durchführung der militärischen Räumung spricht.

SPD. Dortmund, 2. September. Die französisch-belgische Zollbehörde hat bereits angekündigt, daß sie am 9. September die Erhebung von Abgaben an der Binnenzolllinie einstellen wird. Sie ist augenblicklich im Begriff, die notwendigen Abbaumassnahmen zu treffen, so daß sie voraussichtlich in der Lage ist, bereits vor der in den Londoner Vereinbarungen vorgesehenen Frist auch die Binnenzolllinie vollständig aufzuheben. Diese Frist beträgt 20 Tage, während die Frist für die Erhebung von Abgaben an der Binnenzolllinie auf acht Tage begrenzt war. Es kann insolge dessen damit gerechnet werden, daß die deutschen Vorschriften und Tarife für die Zölle und Abgaben sowie die Vorschriften für den Außenhandel noch vor dem 20. Oktober, dem spätesten Termin, in Kraft gesetzt werden. Außerdem müßte mit der Inkraftsetzung der deutschen Zolltarife usw., die mit dem Rheinlandabkommen unvereinbar sind, Beschränkungen für den Personen-, Güter- und Wagenverkehr aufgehoben werden.

II. Essen, 2. September. Die Handels- und Industriekammer zu Essen teilt mit: Wie wir von zuständiger Seite erfahren, wird der Grenzpaßsicherheitszwang für Kraftwagen und Motorräder in der Nacht vom 9. zum 10. des Monats 12 Uhr aufgehoben. Die bei den französischen Zollämtern hinterlegten Kauttionen oder Bürgschaften sind bis zum gleichen Zeitpunkt gegen Aushändigung der Grenzpaßscheine einzulösen.